

Protokoll der Sitzung der „Planungskonferenz Gröpelingen“

am 30.06.2025

Sitzungsort: Ortsamt West, Waller Heerstraße 99, 20219 Bremen

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Vorsitz: Cornelia Wiedemeyer (OALin West)

Anwesende:

Name:

Jessica Rum
Sabine Kurz
Götz Brinkmann
Annika Dittmer
Max Polzien
Dr. Oliver Peters
Anne Dehlfing
Dr. Petra Kodré
Dr. Steffen Hagemann
Pauline Ifländer
POR Stephan Alken
PHK Jan Martens
Cornelia Wiedemeyer
Dr. Ingo Wilhelms
Petra Hellmann
Tina Hierold
Martin Reinekehr
Pierre Hansen
Kristin Blank

Ute Pesara
Norbert Holzapfel
Dieter Winge
Marina Grünewald
Timm Brethauer
Hanspeter Halle

Funktion / Institution:

Kitaplatzversorgung / SKB
„Startchancenprogramm“ / SKB
Schulbau / SKB
Schulleitung GS „Auf den Heuen“
Stadtumbau / SBMS
Gesundheit und Suchtprävention / LIS
Stabsbereich gesundheitl. Chancengleichheit / SGFV
Leitung oberste Sozialbehörde / SASJI
Operative Aufgaben, Beratungsförderung / SASJI
Leiterin AfSD / Walle, Gröpelingen
Leiter Polizeikommissariat West / Polizei Bremen
Revierleiter Gröpelingen / Polizei Bremen
Sitzungsleitung / Ortsamtsleitung in West
Stadtteilsacharbeiter Gröpelingen / OA West
Sachbearbeiterin „Bildung & Jugendbeteil.“ / OA West
Stadtteilteam Gröpelingen / OA West
Beirat Gröpelingen, Beiratssprecher (SPD)
Beirat Gröpelingen, Fraktionssprecher (SPD)
Beirat Gröpelingen, stellvertr. Fraktionssprecherin (SPD)
Beirat Gröpelingen, stellvertr. Beiratssprecherin (CDU)
Beirat Gröpelingen (CDU)
Beirat Gröpelingen, Fraktionssprecher (Die Linke)
Beirat Gröpelingen (Die Linke)
Beirat Gröpelingen (FDP)
Beirat Gröpelingen (Bd. 90/Die Grünen)

1. Begrüßung und Vorstellung der Themenfelder und Intention der Planungskonferenz

Die Ortsamtsleiterin Cornelia Wiedemeyer begrüßt die teilnehmenden Beiratsmitglieder, die anwesenden Referent:innen sowie die Gäste der Planungskonferenz. Laut Beirätegesetz soll mindestens einmal pro Wahlperiode eine Planungskonferenz abgehalten werden.

Auf dieser Konferenz sollen die vordringlichen Herausforderungen, die sich in Gröpelingen zeigen, erörtert werden. Im Mittelpunkt stehen hierbei die Kinder und Familien des Stadtteils. Zur Vorbereitung dieser Konferenz hat der Beirat in einem Workshop die Themenblöcke und Fragen der heutigen Konferenz festgelegt. Das wichtige Thema Sprache bzw. Spracherwerb kann erst nach der Konferenz im nächsten Fachausschuss „Kinder, Bildung, Junge Menschen“ besprochen werden, weil die zuständige Referentin aus terminlichen Gründen leider nicht teilnehmen kann.

2. Themenblock „Bildung, Sprache und Migration: Chancengleichheit sicherstellen“

- Frau Kurz zum Startchancenprogramm (SKB):

Frau Kurz hat zur Unterstützung ihres Vortrages eine Präsentation mitgebracht, die in Kürze das Wichtigste zum Startchancenprogramm nach dem ersten Jahr darstellt. Sie startet ihren Beitrag mit einem kurzen Test zur Bildungsgerechtigkeit, an dem alle Teilnehmer:innen der Planungskonferenz mit ihrem Handy teilnehmen können. Dadurch soll deutlich werden, was genau gemeint ist,

wenn von Bildungsgerechtigkeit gesprochen wird. Aktuell gibt es im „Haus der Wissenschaft“ eine Ausstellung zum Thema Bildungsgerechtigkeit.

Das Ziel des Startchancenprogramms ist es, die Anzahl der Schüler:innen, die die Mindeststandards nicht erreichen, nach 10 Jahren (so lange läuft das Programm) zu halbieren.

Frau Kurz stellt noch einmal die drei Säulen des Programms vor. Zu Säule I berichtet sie, dass die Schulen mehr Geld bekommen, die eine schlechte Ausstattung und eine veraltete Infrastruktur haben. Davon werden aber keine Toilettensanierungen durchgeführt oder Tische und Stühle für W&E Kinder (sonderpädagogischer Förderbedarf im Bereich Wahrnehmung & Entwicklung) angeschafft, dafür ist nach wie vor die SKB zuständig.

Bei Säule II und der Zielebene 2 konnte eine zusätzliche Stelle beim „Institut für Qualitätsentwicklung im Land Bremen“ (IQHB) finanziert werden.

Bei Zielebene 3 haben die Bremer Schulen 2,2 Millionen Euro erhalten. Diese Summe reicht bei 43 teilnehmenden Schulen aber nicht einmal für eine volle Stelle pro Schule, beispielsweise mit einem/r zusätzlichen Sozialarbeiter/in.

Aus diesen Mitteln konnte allerdings eine Kunsttherapeutin bezahlt werden, die eine tolle Ausstellung in der Bremer Kunsthalle mit knapp 400 Schüler:innen organisiert hat. Außerdem erwähnt Frau Kurz das sehr erfolgreiche Programm „Study Friends“ und die 80 Teilnehmer:innen bei „Seniorpartner in School“. Aber auch, dass die Gewalt an Grundschulen mittlerweile erheblich ist, berichtet sie in ihrem Vortrag.

Dass es in diesem Jahr Schuljahr einen Aufwuchs von mehr als 60 zusätzlichen Klassenverbänden an den Startchanchenschulen gibt, hat die Lage zusätzlich erschwert. Auch die große Zunahme an Kindern mit W&E und Autismus erschwert die Situation. Frau Kurz kritisiert, dass es keine ressortübergreifende Zusammenarbeit gibt. Oftmals haben die Schulen beim Thema Bildungsgerechtigkeit ein Mischkonzept. Grundsätzlich muss konsequent von den Schüler:innen her gedacht werden. Sie sollen eine reelle Chance bekommen. Es wurde schon viel Zeit verloren. 3,5 Schüler:innengenerationen sind es seit dem Jahr 2001. Bremen hat die ärmsten Schüler:innen in ganz Deutschland und trotzdem nicht ausreichend Geld erhalten.

Bei Säule II des Programms gibt es einen Betrag für die Schulen von insgesamt 1,1 Millionen Euro. Für die 43 Programmschulen verteilt sich diese Summe von zirka 20 000 Euro für die kleinste Schule bis zu 43 000 Euro für die größte. Insgesamt sind 154 Maßnahmen umgesetzt worden, damit das Startchancenprogramm sein Ziel erreichen kann, für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen.

Es gibt in Bremen 32 Bremer Schulen, die den vom Bund vorgegebenen Kriterien entsprechen, aber trotzdem beim Startchancenprogramm nicht berücksichtigt worden sind, weil die finanziellen Mittel dafür nicht ausgereicht haben. Bremen unterstützt diese Schule als sogenannte korrespondierende Schulen mit eigenen finanziellen Mitteln, damit auch die Schüler:innen dieser Schulen besser gefördert werden.

- Frau Rum zur Kitaversorgung (SKB):

Frau Rum berichtet mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation (liegt dem Protokoll bei) von der Anmeldesituation und dem Platzangebot im Kindergartenjahr 2025/26, den Projekten der Kita-Ausbauplanung und der Entwicklung der Versorgungsquoten in Gröpelingen. Stichtag für die, von ihr dargestellten Zahlen ist der 1. März 2025. Am Stichtag gab es im Elementarbereich (4), im Krippenbereich (70) und im Hortbereich (3) freie Plätze. Aktuell sieht die Lage laut Frau Rum aber ganz anders aus. In Gröpelingen gibt es nicht für alle Kinder einen Platz, die sich angemeldet haben. Am 10. Oktober gibt es einen neuen Stichtag. Diese Zahlen werden dann im Dezember veröffentlicht.

Die Kita-Ausbauplanung im Stadtteil entwickelt sich positiv. Insgesamt wird es im Jahr 2027/28 267 neue Plätze geben. Davon 85 im Krippenbereich und 182 im Elementarbereich. Dadurch entwickeln sich auch die Versorgungsquoten positiv. Im Kindergartenjahr 2028/29 soll die Quote im Krippenbereich dann bei 51,7% und im Elementarbereich bei 95,7% liegen. Zusätzlich liegen noch viele neue Angebote für den Bau neuer Kitas auf dem Tisch, die aber aufgrund der angespannten Haushaltslage von der SKB nur langsam bearbeitet werden können.

Kritische Anmerkung aus dem Beirat gab es dazu, dass es bei dieser Darstellung nur im „Beton“ geht, also den Bau neuer Gebäude. Woher das erforderliche Fachpersonal für die neuen Kitas kommen soll, wird leider nicht beantwortet. Außerdem wurde Kritik am Kitaportal geübt. Zu kompliziert sei dort die Anmeldung.

- Herr Brinkmann (SKB):

Herr Brinkmann ist regelmäßiger Gast im Fachausschuss „Kinder, Bildung, Junge Menschen“ des Stadtteilbeirates Gröpelingen. Erst im Mai hat er dort alle auf den neuesten Stand beim Schulbau gebracht. Daher sind seine Ausführungen auf der Planungskonferenz nur kurz und er antwortet auf spezielle Nachfragen.

Der Bau einer Mensa „Oberschule Ohlenhof“ ist aktuell kein prioritäres Projekt. Das Grundstück gehört noch nicht der Stadt. Die Verhandlungen dazu laufen noch.

Als endgültiger Standort der „Neuen Grundschule Gröpelingen“ wird erneut das Grundstück beim „Schulzentrum Rübekamp“ genannt, das allerdings bereits zum Stadtteil Walle gehört, deshalb soll die Schule dann auch „Neue Grundschule West“ heißen.

Es wird immer noch auf die neue Schulstandortplanung 2025 gewartet. Die StaLA-Daten (Statistisches Landesamt) sollen ab September vorliegen und Ende des Jahres gibt es dann neue Infos auf dieser Grundlage. Einige der im Vorfeld gestellten Fragen wurden leider nicht beantwortet. Wo der Bedarf für eine neue Schule am drängendsten ist beispielsweise. Gibt es in Gröpelingen genug Schulplätze für alle Gröpelinger Schüler:innen? Einige der Fragen des Beirates können nur von der Schulaufsicht beantwortet werden, die aber nicht auf der Sitzung vertreten ist.

Auf die Nachfrage, ob die GS „Auf den Heuen“ im Schuljahr 2026/27 wieder dreizügig eine 1.Klasse bekommt, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Antwort möglich. Wenn der Bedarf vorhanden sein sollte, ist laut Herrn Brinkmann aber ein Mobilbau kurzfristig möglich. Von Seiten des Beirates gibt es zu diesem Aspekt bereits einige Beschlüsse, die der SKB auch vorliegen. Aber auch für diese Planungen muss laut Herrn Brinkmann ebenfalls die neue Schulstandortplanung abgewartet werden.

- Frau Dittmer (Schulleiterin der Grundschule „Auf den Heuen“):

Frau Dittmer berichtet von ihrer Grundschule. Sie fordert zu Beginn ihres Vortrages ebenfalls die Aufstellung von Containern, sollte eine weitere erste Klasse im Schuljahr 2026/27 aufgrund der hohen Schüler:innenanzahl erforderlich sein. Ihre Schule hat jetzt schon Platzmangel. Sie ist froh, dass ihre Schule es ins Startchancenprogramm geschafft hat. Eine Besonderheit ist das jahrgangsübergreifende Lernen. Die 1. & 2. Klassen werden nach diesem Modell gemeinsam unterrichtet. Nach dem Motto: „Mit und voneinander lernen.“ Sollten Schüler:innen mehr Zeit benötigen, können sie einfach ein Jahr länger verbleiben, bevor sie in die 3. Klasse kommen. Bei Sprachproblemen ist das eine gute Lösung. Einige der Kinder sprechen bei der Einschulung kaum Deutsch, obwohl sie hier geboren sind. Das ist ein großes Problem und der Verbleib in der 1. bzw. 2. Klasse klappt nur, wenn die Neuanmeldungen nicht zu hoch sind. Sonst wird der Platz für die neuen Grundschüler:innen benötigt. Um diese Situation zu verbessern, wären Vorschulklassen (wie in Hamburg) bei Kindern mit Sprachdefiziten eine Möglichkeit.

Die 3. und 4. Klassen werden altershomogen unterrichtet. Es hat sich herausgestellt, dass die Kinder der 4. Klassen so besser auf die weiterführende Schule vorbereitet werden können. Frau Dittmer betont in ihrem Vortrag die Bedeutung der Beziehungsarbeit. Man muss die Kinder und Familien gut kennen. Die Schule verfügt über eine moderne inklusive Lernkultur und viele demokratische Elemente. Regelmäßig evaluieren die Mitarbeiterteams ihre Arbeit und passen sie den aktuellen Gegebenheiten an.

- Herr Polzien, Referent Stadtumbau (SBMS):

Er beantwortet die Frage, was mit der Freifläche Wummensieder Straße passieren soll, nachdem dort aus Lärmschutzgründen eine Wohnbebauung ausgeschlossen worden ist. Der Beirat hat im Vorfeld der Planungskonferenz den Vorschlag gemacht, die Fläche gemeinwohlorientiert zu nutzen, beispielsweise durch den Bau eines Familien- und Sprachbildungszentrums.

Theoretisch wäre das möglich. Die enormen Preissteigerungen im Baubereich machen aber schon die Umsetzung der aktuellen Projekte schwierig. Ein weiteres Problem ist die Bedarfsträgerschaft, die für die ganze Zweckbindungsfrist gefunden werden müsste. Die Frage, ob die Stadt eigene Ideen für diese Fläche hat, kann er nicht beantworten. Durch das „Integrierte Entwicklungskonzept Gröpelingen“ (IEK) erhält Gröpelingen Städtebaufördermittel. Durch den Hinweis, dass diese Mittel im Bremer Süden auch für das Startchancenprogramm eingesetzt werden, berichtet Herr Polzien, dass das auch im Bremer Westen der Fall ist. Die „Oberschule Im Park“ profitiert von diesen Mitteln durch eine verbesserte Infrastruktur. Das „Digital Impact Lab“ wird in diesem Zusammenhang erwähnt. Es sucht aktuell noch nach neuen Räumlichkeiten im Stadtteil, damit es weitermachen kann.

- Im Anschluss an alle Vorträge folgt noch eine kurze Diskussion:

Herr Reinekehr betont, dass ein Sprachförderzentrum den Stadtteil nach vorne bringen würde und dass das Areal Wummensiederstraße seit Jahren brachliegt und dafür sehr gut geeignet wäre. Herr Halle äußert sein Unverständnis darüber, dass Bremen bei der Schulplanung immer wieder auf die Zahlen der Statistik für die Schulstandortplanung wartet, obwohl man schon weiß, dass es deutlich mehr Schüler:innen gibt und entsprechend gehandelt werden müsste. Herr Winge fragt Frau Kurz nach ihren Wünschen. Sie wünscht sich vor allem eine ressortübergreifende Zusammenarbeit. Einen grundsätzlichen Diskurs zur Bildung und auch eine andere Stadtentwicklungspolitik. Des Weiteren dass die Schulen „einfach mal machen können“ ohne immer weitere Vorgaben. Sie wünscht sich ein Kompetenzvertrauen in die Menschen vor Ort.

Auf die Nachfrage zu systemischen Assistenzen gibt es den Hinweis, dass diese sich nicht für alle Kinder eignen. Einige Kinder benötigen nach wie vor eine Eins-zu-Eins Betreuung. Auch die Fragen hierzu können nicht beantwortet werden, da der zuständige Referent an diesem Tag verhindert war.

Es wird außerdem eine bessere Verknüpfung von IEK & Startchancenprogramm bei baulichen Maßnahmen gefordert.

Offen gebliebene Fragen zu diesem Themenblock:

- Was wird von der SKB getan, um einer wachsenden Gewalt im schulischen Alltag entgegenzuwirken?
- Sind systemische Assistenzen weiter zu forcieren? Welche Erfahrungen sprechen dafür, was steht diesbezüglich von Seiten der SKB für die Stadtteilschulen in Planung?
- Die Frage nach der gesicherten Finanzierung von Schulkrankenschwesterstellen sowie der Ausbau eines Netzes an Gesundheitsfachkräften an allen Gröpelinger Schulen.
- Versorgung mit Kita-Plätzen (Gruppengröße und Betreuungsanforderungen durch Fachkräfte) im Stadtteil.
- Gibt es eine ausreichende Anzahl an Grundschulplätze im Stadtteil?
- Übergang in die Oberschule: Gibt es genug Schulplätze in Gröpelingen? Wo gehen die Schüler:innen hin, die keinen Platz an einer ihrer drei Wahlschulen erhalten haben?
- Mehr Sozialarbeiter und Lehrkräfte werden für den Unterricht gefordert. Wie kann diese Forderung kurzfristig erfüllt werden? Auch um dem Stundenausfall entgegenzuwirken?
- Wie gelingt der Übergang von der Oberstufe in die Berufsschule?

Protokollführung zum 2. Themenblock „Bildung, Sprache und Migration: Chancengleichheit sicherstellen“:

Petra Hellmann

3. Themenblöcke „Kinder vor Sucht und Gewalt schützen, Kriminalität bekämpfen“ und „Prävention, Ernährung und Gesundheit von Jung und Alt“

Den Aufgabenschwerpunkt „Suchtprävention bei jungen Menschen“, der schulpflichtige Jugendliche adressiert, bearbeitet seit 1993 eine Fachstelle im Landesinstitut für Schule (LIS) und hat eine gezielte strategische Abkoppelung des Komplexes „Prävention“ von dem Aufgabengebiet der Suchthilfe zum Hintergrund. Der Kerngedanke, das Bildungsressort damit zu betrauen, folgt dem Bestreben, darüber einen verbesserten Zugang zu den Bildungseinrichtungen zu erlangen und dem Problemkreis einen gebührenden Platz im Schulgeschehen einzuräumen.

Das Programm „Sprung ins Leben“, welches speziell geschulte Lehrkräfte sowie ein Team von „Clean-Süchtigen“ an 38 Schulen im Stadtgebiet bringt, erfasst aktuell rd. 3.500 Schülerinnen und Schüler der 7. Klasse auf Basis freiwilliger Teilnahme, außerhalb der regulären Lehrpläne und wird auch im Bremer Westen sehr gut angenommen. Hier werden 25-30 % der fraglichen Jahrgänge unter familienpädagogischen Gesichtspunkten erreicht.

Angesichts des umfassenden Spektrums an möglichen Suchtproblematiken, das von Medienkonsum und Glücksspiel über konventionellen Nikotin- (einschließlich Elektrozigaretten unter Beimengungen von Parfüm und synthetischen Canabioden von hoher toxischer Wirkkraft) und Tablettenkonsum bis hin zu illegalen Drogen reicht, räumt Dr. Peters der Suchtprävention einen gesellschaftlich ähnlich hohen Stellenwert ein, wie der Demokratieerziehung. Dabei hebt der Referent die Kooperation mit den Krankenkassen positiv hervor, die eine Kofinanzierung unterschiedlicher interaktiver Beteiligungsformate (u.a. Filme, Sportangebote und Lehrstücke der „Wilden Bühne“) gewährleistet.

Der Beirat goutiert das Konzept in seinem ganzheitlichen Ansatz und erkennt die koordinierende Arbeit der Fachstelle im LIS als unentbehrlichen Baustein der Präventionsarbeit an.

Anwesende Vertreter der Polizei Bremen (Herr Alken und Herr Martens) machen auf die Beschaffungskriminalität aufmerksam, die mit Drogenkonsum einhergeht und auch im Stadtteil präsent ist. Die Referenten schildern die Bekämpfung des örtlichen BTM-Milieus in den zurückliegenden Monaten als zähes „Katz-und-Mausspiel“, in dessen Verlauf vier „Drogenwohnungen“ in Serie ausgehoben wurden, in denen zuvor schwunghafter Handel mit illegalen Substanzen stattgefunden hatte. Die Polizei setzt allerdings auch auf eine aufmerksame Bevölkerung, die einschlägige Beobachtungen weitergibt, um den Einsatzkräften Ansatzpunkte im Kampf gegen eine persistierende Dealerszene zu verschaffen. Herr Alken verweist in dem Zusammenhang auf die segensreiche Zusammenarbeit mit der neu formierten Task-Force „Schrottimmobilien“/„Unternutzung“, da jedes Auftreten von Leerstand neue Rückzugsorte für das einschlägige Milieu eröffnen könnte, die es zu vermeiden gilt, wenn die Szene wirkungsvoll ausgetrocknet werden soll.

Die Polizei setzt in ihrem Ansatz zur Suchtmittel- und Gewalt-Prävention, ähnlich wie das LIS, auf niedrigschwellige Ansprechbarkeit und unterbreitet dabei auch Angebote an die Schulen, bspw. über Besuche der örtlichen KOPs unter den Arbeitstiteln „Nicht mit mir“, „Wege e.V.“ und „Jugend ohne Promille“. Einen Teil der Aufklärungsstrategie beinhaltet dabei die Unterrichtung 13 bis 15-jähriger Schülerinnen und Schüler, welche rechtlichen Folgen sich mit dem Übertritt in die Strafmündigkeit verknüpfen. Herr Alken und Herr Martens betonen dabei allerdings, dass es sich bei diesen Schulbesuchen, genauso wie im Fall der Suchtprävention des LIS, lediglich um zusätzlich geschaltete, fakultative Angebote handelt, die perspektivisch fest in die Lehrpläne integriert werden könnten.

Broschüren zu Kinderschutz und Gewaltprävention an Schulen runden das Angebot ab, das sich sowohl an die Schülerschaft, als auch an die Lehrkräfte richtet.

Aus Sicht des AfSD West hebt Frau Ifländer auf das ergänzende Netzwerk, das durch den Sozialdienst Erwachsene und zugunsten des Kinderschutzes gespannt ist, sowie auf die breit gefächerten Kooperationsbeziehungen von Jugendhilfe und Polizei im Bereich der Straffälligenhilfe ab. Es wird insbesondere auf die gesteigerte Sensibilität der Bremischen Stellen im Bereich der Kindeswohl Sorge im Gefolge der „Kevin“-Affäre hingewiesen.

Frau Dehlfing führt in Vertretung der Suchtreferentin des Gesundheitsressorts, Frau Carneiro Alves, aus, dass sich die Implementation der integrierten Drogenhilfestrategie (IDHS) im Stadtteil derzeit darauf fokussiert, eine geeignete Immobilie zugunsten einer lokalen Einrichtung zu erzielen, die Beratungsangebote, Ruheräume und eine niedrigschwellige ärztliche Versorgung für den Betroffenenkreis impliziert.

Anhand einer kurzen Präsentation erläutert Frau Dehlfing die strategischen Leitlinien der Gesundheitsversorgung im Stadtteil. Sie räumt ein, dass - nach Quartieren betrachtet - zwar nicht immer eine Bedarfsdeckung hergestellt werden kann, aber auf das gesamte Stadtgebiet bezogen, keine Unterversorgung wie z.B. in Bremerhaven besteht.

Eine Herausforderung lässt sich allerdings unverändert in einer lediglich beschränkten Rechtsaufsicht der Gesundheitsbehörde über die kassenärztliche Vereinigung ausmachen.

Vordringliche Bausteine einer Versorgungsinfrastruktur bieten die Angebote des Hebammenzentrums, des LIGA e.V. und der Gesundheitsfachkräfte in den Schulen.

Als vorteilhaft wird die Nähe der Einrichtungen in fußläufiger Entfernung zueinander hervorgehoben. Hinsichtlich einer verbreiteten „Ernährungsarmut“ im Stadtteil ist die LIGA e.V. mit der Erstellung einer Gesamtstrategie für deren Bekämpfung auf Stadtteilebene betraut.

5. Themenblock „Soziale Teilhabe von Familien durch Arbeit und angemessenen Wohnraum“

Herr Polzien (Ref. „Stadtumbau“/SBMS) spricht das Sanierungsgebiet Gröpelingen-Lindenhofquartier an, dessen Umsetzung bereits vor einem Jahr erfolgen sollte. Verzögerungsmomente traten immer wieder auf und der Referent stellt heraus, dass ein „kraftvoller“ Beiratsbeschluss dazu angetan sei, das Projekt maßgeblich zu befördern, um alsbald mit den Voruntersuchungen zu beginnen.

Als Ärgernis wird in diesem Zusammenhang angesprochen, dass Städtebaufördermittel zuweilen verfallen, da sie nicht immer zeitgerecht abgerufen werden.

Eine Frage nach der Deckung von Kosten der Unterkunft für Sozialhilfeempfänger, gerade auch in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Gröpelingen, wird mit dem allgemeinen Hinweis beantwortet, dass zuvörderst die Expansion des angebotenen Wohnraumes durch Neubau oder Nachverdichtung eine nachhaltige Entspannung schaffe, nicht aber die Erhöhung von KdU-Sätzen. Dennoch werde jeder Einzelfall geprüft und in Zweifelsfällen gelange man zu einer generösen Praxis zugunsten der Leistungsempfänger.

Der Beirat problematisiert das mögliche Anfallen von Ausgleichsbeiträgen, die für Anwohner im Sanierungsgebiet anfallen und sich an der Kaufwertermittlung eines jeden Gebäudes orientieren. In diesem Zusammenhang setzt sich der Beirat nachdrücklich für ein vereinfachtes Verfahren ein, das Gebäude bis zum Umfang eines Einfamilienhauses nicht mit einer entsprechenden Abgabe belasten würde. Herr Polzien deutet an, dass ein solches vereinfachtes Verfahren durchaus in Betracht kommt.

Im Fachausschuss „Bau, Wohnen Stadtentwicklung Inneres“ des Beirates Gröpelingen soll in zeitlich angemessener Vorausschau darüber Information gegeben werden, wie das Verfahren ausgestaltet werden soll.

Frau Dr. Kodré (Abteilungsleitung der obersten Sozialbehörde) und Herr Dr. Hagemann (Abschnittsleitung „ESF-Plus“-Förderung) nehmen die Besorgnis des Beirates auf, dass die Mittelkürzungen im Bereich der AGH (frühere sog. 1-€-Jobs) und die faktische Minderverfügbarkeit von ESF-Plus-Mitteln infolge frühzeitiger Ausschöpfung ein Wegbrechen unentbehrlicher Trägerstrukturen im Stadtteil nach sich zu ziehen drohen. Bspw. wird die AGAB genannt, deren Förderung zunächst gesichert bis zum 31.06.2025 fortläuft und aller Voraussicht nach bis Jahresende verlängert wird, die danach allerdings einer ungewissen Zukunft entgegenseht.

Analog sieht es bei anderen Trägern aus, um deren Zahl weder Ortsamt noch Beirat umfänglich wissen, zumal weder vom Jobcenter noch vom Sozial- bzw. Arbeitsressort eine Übersicht der von den Kürzungen betroffenen Häuser zur Verfügung gestellt wurde.

Der Beirat unterstreicht die Notwendigkeit, eine Förderinfrastruktur insbesondere in einem Stadtteil wie Gröpelingen aufrechtzuerhalten, da Menschen in geförderter Beschäftigung der Sprung auf den ersten Arbeitsmarkt vielfach verschlossen ist.

Diese Kritik vermögen die anwesenden Referenten nicht zu entkräften und bleiben hinsichtlich der betroffenen Einrichtungen auch weiterhin vage.

Eine Förderkulisse auf gleichbleibendem Niveau der Vorjahre lässt sich im Zeichen schwindender Ressourcen allerdings expressis verbis nicht aufrechterhalten. Der Behörde stehen in diesem Zusammenhang auch schwierige Kompromissfindungen mit den Bundesbehörden bevor, auf der eine Neuausrichtung der Bundesagentur-Mittel zu erwarten steht. Ein Arrangement, welches auf eine Form von Kostenteilung hinausläuft, die vorsieht, wegbrechende Finanzierungszusagen des Bundes partiell durch Landesmittel aufzufangen wird in diesem Zusammenhang erwogen.

Die Sitzungsleiterin verweist auf die anstehenden Haushaltsverhandlungen und unterstreicht, dass Vorhaben, für die noch keine Beschlüsse zur Fortführung in 2026 vorliegen, zum Jahreswechsel aufgrund der haushaltslosen Zeit möglicherweise zur Gänze entfallen.

Zum Unmut der anwesenden Beiräte äußert sich das Ressort sowohl zum Sachstand der Situation betroffener Träger als auch zu der Anzahl betroffener Plätze nur sehr allgemein. Der Abschnittsleiter versichert allerdings, dass die betreuten Projekte engmaschig in den Blick genommen werden und die Finanzierungsfortführung stadtteilrelevanter Einrichtungen über die Jahresgrenze 24/25 durch Verpflichtungsermächtigungen abgesichert werden könnten. Diese wären allerdings einzel-fallbezogen durch Senatsbeschlüsse zu untermauern.

Um Einzelmaßnahmen überbrückungsweise aufrechtzuerhalten, wird angeregt, außerdem Mittel aus „WiN“ und dem Fond „Lebendige Quartiere“ umwidmen, um sie bspw. gezielt dem „Wilden Westen“ zur Verfügung zu stellen.

Die Ortsamtsleitung bringt mit Blick auf den „Wilden Westen“ ihr Unverständnis zum Ausdruck, dass Fördermittel unter großen Anstrengungen aus unterschiedlichen Quellen bereitgestellt werden konnten, diese sich sodann aufgrund kleinteiliger Streitigkeiten zwischen verschiedenen politischen Instanzen allerdings nicht zeitnah abrufen ließen.

Im Ergebnis der Aussprache sichert „Soziales“ zu, frühzeitig über die Strategie des Hauses zu informieren und den Beirat bei diesem Prozess „mitzunehmen“.

Die Sitzungsleitung greift das Anerbieten auf und formuliert namens des Beirates die nachdrückliche Bitte, die Ortspolitik ebenfalls frühzeitig wissen zu lassen, welche Einrichtungen im Stadtteil gerettet werden können und in welchem Umfang dies geschehen könne, getreu der Zielstellung „lieber drei Gesunde zu erhalten, als fünf Halbtote“.

6. Zusammenfassung und Ausblick: Potential stärken und Chancengleichheit sichern – Zusammenfassung der ressortübergreifenden Maßnahmen für Gröpelingen

Die Sitzungsleiterin dankt den Referentinnen und Referenten der Fachressorts für die Ausführungen sowie dem Publikum und Beirat für eine engagierte Teilnahme am rd. fünfstündigen Sitzungsgeschehen.

Die Ortsamtsleiterin schlägt vor, bis Ende der Sommerpause eine Bestandsaufnahme darüber fertigen, welche Fragen der Ortspolitik im Ergebnis dieser Sitzung noch unbeantwortet geblieben sind und auf eine entsprechende Nachbearbeitung der betroffenen Ressorts dringen.

Der Beirat schließt sich diesem Vorschlag an.

Offen gebliebene Fragen aus den Themenblöcken 3-5:

Themenkreis „Soziale Teilhabe von Familien durch Arbeit und angemessenen Wohnraum“:

- Der Beirat erwartet von der SASJI eine Sachstandsdarstellung zur Anzahl der seit 2024 entfallenen und aller verbliebenen Stellen sowie der Planungszahlen der zukünftigen Beschäftigungsmaßnahmen je Träger.
- Außerdem erbittet der Beirat Auskünfte über die damit in Zusammenhang stehenden Auswirkungen auf den Stadtteil insgesamt.
- Angesichts bereits eingetretener Kürzungen stellt sich dem Beirat außerdem die Frage, wie die betroffenen Personen aufgefangen werden und wo anderenorts für diese Personengruppen Möglichkeiten der Teilhabe geschaffen werden können.
- Bestehen seitens der SASJI und der SBMS konkrete, in die Zukunft gerichtete Konzepte, die einer wachsenden Entmischung der Stadtteilbevölkerung und einer damit einhergehenden soziokulturellen Segregation entgegenzutreten?

Themenkreis „Prävention, Ernährung und Gesundheit von jung bis alt“:

- Was unternimmt die SGFV, um eine flächendeckende und gleichmäßig gut erreichbare medizinische Versorgung zu gewährleisten, die auch den kulturell und sprachlich sehr heterogenen Patientengruppen im Stadtteil dauerhaft gerecht wird?
- Werden seitens der Gesundheitsbehörde und des Senats alle Möglichkeiten zugunsten der schlechter gestellten Stadtteile ausgeschöpft, um auf die räumliche Zuteilungspraxis der Kassenärztlichen Vereinigung Einfluss zu nehmen?

Ausblick:

- Wie soll sich die ressortübergreifende Zusammenarbeit gestalten?
- Wie wird in der ressortübergreifenden Perspektive Gröpelingen als benachteiligter Stadtteil im kommenden Doppelhaushalt berücksichtigt?

Protokollführung 3.-5. Themenblock und Zusammenfassung:

Dr. Ingo Wilhelms

Vorsitz:

Beiratssprecher:

Cornelia Wiedemeyer

Martin Reinekehr

